Wir

Älteren in den Gewerkschaften in Bremen und Bremerhaven

Nr. 21 - 2014

Zur Europawahl

Seite 6

Das Neue Hulsberg Viertel

Seite 13

Menschenrecht auf Wohnen

Seite 15

1. Mai in Bremen auf dem Domshof

09.00h Ökumenischer Gottesdienst
Unser Lieben Frauen
Grenzen-los? Arbeiten in Europa
Kanzelrede: Cornelia Coenen-Marx
Referentin der EKD für gesellschaftspolitische Fragen

Neuer Sammelpunkt!!

10.15h Sammeln zur Demonstration
Osterdeich/Parkplatz des Weserstadion
Abmarsch: ca. 10:45 Uhr

12.05h Kundgebung auf dem Domshof mit:

Annette Düring
DGB-Vorsitzende Bremen
Michael Sommer
DGB-Bundesvorsitzender
Interviewgespräche mit betrieblichen Kollegen und der DGB Jugend

Bundesweite zentrale Veranstaltung!

13.30h 1. Mai Fest
mit Livemusik „Blues am Dienstag“
Kinderbereich mit Spielmobil
Essen & Trinken

V.i.S.d.P.: Daniela Teppich, DGB Bremen-Elbe-Weser, Bahnhofsplatz 22-28, 28195 Bremen

Liebe Leserin, lieber Leser,

Editorial

mit dieser Frühjahrsausgabe möchten wir Euch herzlich grüßen. Das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA, Wahlen zum Europaparlament, Wohnen und Armut sind in dieser Nummer unsere Schwerpunktthemen. Die Rechtspopulisten nutzen die soziale Schieflage für ihre Propaganda aus. Die Wahlerfolge der Front National (FN) bei den letzten Kommunalwahlen in Frankreich lassen Schlimmstes befürchten. In Deutschland tritt die „Alternative für Deutschland" mit vergleichbaren Parolen bei der Europawahl an. Dazu der Artikel zur Europawahl. Daneben erinnern wir an Heinz Kundel, einen Bremer Antifaschisten und seine BBC - Rede vom 4. Januar1945.

Als neues Mitglied unsere Redaktion grüßen wir den Kollegen Wolfgang Bielenberg, der uns ein Artikel zum Thema UmFAIRteilen geschrieben hat.

Unsere Zeitung erscheint wieder rechtzeitig vor dem 1. Mai. In den Zeiten der zunehmenden Spaltung zwischen Arm und Reich wird die Bedeutung des Kampfes für eine gerechtere Welt immer wichtiger. Auch mit dieser Ausgabe feiern wir ein weiteres Jubiläum. Die erste WIR erschien im Frühjahr 2004.

Viel Spaß beim Lesen. Wir freuen uns wie immer über Eure Anregungen, Artikel und Briefe.

In eigener Sache

Alle Ausgaben unserer Zeitung „Wir" sind im Internet als PDF-Dateien einsehbar:
www.aulbremen.de/seniorenzeitung-wir

Inhalt

Die Bedeutung der Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen zwischen USA und EU 3

Zur Europawahl 6

Die Esodati 9

Für Gerechtigkeit sorgen – UmFAIRteilen! 10

ver.di - Klausurtagung in Schwerin 2013 12

Das Neue Hulsberg Viertel 13

Zwei Jahre Bremer Aktionsbündnis Menschenrecht auf Wohnen 15

Heinz Kundel: Zusammenarbeiten mit jeder Gruppe, die den Sturz Hitlers will 18

Gro-Ko 22

Müllabfuhr in Bürgerhand 23

Leserbriefe 24

Freihandelsabkommen USA - EU

Gewerkschafliche Positionierung gefragt

Interview mit Axel Troost

Fairer und freier Handel mit Chancen auf Wachstum und zusätzliche Arbeitsplätze klingt doch erst mal gut. Darin sehen Befürworter die Vorteile eines solchen Abkommens. Gibt es da Pferdefüße? Warum wird seit letztem Juli bewusst hinter verschlossenen Türen verhandelt?

Die Verhandlungen über Freihandelsabkommen haben eine sehr lange Geschichte. Zu Beginn werden sie immer als riesige Chance für mehr Wachstum und Arbeitsplätze angekündigt, aber mir ist kein Abkommen dieser Art bekannt, das am Ende die gemachten Versprechungen gehalten hat. Die Strategie beim Transatlantischen Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) ist die gleiche: die potentiellen Chancen werden maßlos überbetont und die potentiellen Gefahren unter den Teppich gekehrt.

Zu den angeblichen Chancen: Das Potential für mehr Wachstum und Beschäftigung ist sehr bescheiden. Selbst die offiziellen Auftragsstudien sind mehr als ernüchternd, denn selbst im besten Fall und bei unrealistisch positiven Annahmen würden nicht Millionen neue Jobs entstehen. Der angebliche Jobmotor TTIP schmilzt in den Studien auf einen kleinen Wachstumsschubs für die EU von mageren 0,5 Prozent zusammen – verteilt auf mehrere Jahre.

Viel wichtiger sind aber die Schattenseiten des Freihandelsabkommens: Das Abkommen soll – das ist das Prinzip von Handelsabkommen – möglichst einheitliche Spielregeln für alle Handelspartner festlegen. Das kann zwar theoretisch dadurch erfolgen, dass alle die gleich hohen Standards bei Umweltschutz, Arbeitsschutz, Kündigungsschutz, Sozialleistungen, Verbraucherschutz usw. einführen. In der Praxis passiert aber immer das Gegenteil: die Länder mit den hohen Standards werden aufgefordert, den Produkten mit den niedrigen Standards den gleichen Marktzugang zu gewähren. Am Ende eines TTIP wird daher stehen, dass gentechnisch manipulierter US-Mais flächendeckend in der EU verkauft und angebaut werden darf. Natürlich darf jeder Bauer weiterhin den gentechnik-freien Mais kaufen und anbauen, aber da sich die Maissorten auf dem Feld kreuzen, bekommt er trotzdem nicht mehr Geld als für Gen-Mais. Das Ende vom Lied: die Bauern mit ökologischer oder konventioneller Landwirtschaft gehen bankrott, die Gen-Landwirtschaft bleibt übrig. Und die Verbraucher müssen essen, was ihnen vorgesetzt wird, weil man vor gen-technischen Produkten nicht mehr warnen darf.

Axel Troost, Stellvertretender Vorsitzender der Partei DIE LINKE und finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE

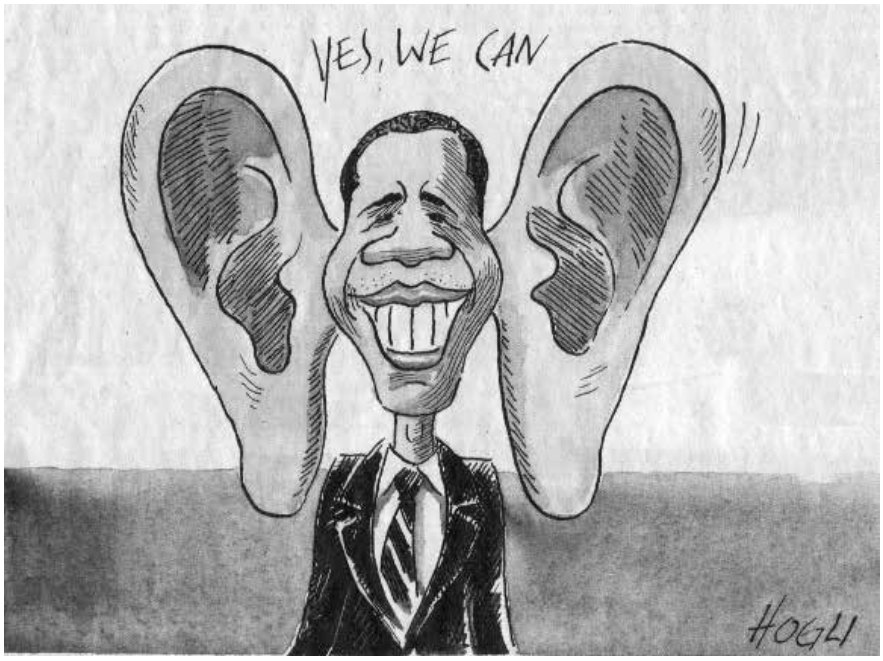
Handelt es sich nur um einen weiteren Versuch, nach einer Reihe gescheiterter Anläufe wie MAI und ACTA die „Beseitigung von Investitionshemmnissen" doch noch umzusetzen? Oder was ist neu an den Plänen für dieses Abkommen?

Ja, das TTIP folgt derselben Logik wie das MAI, dass es Investoren ermöglichen soll, gegen Vorschriften von Standards, die höher als die vereinbarten Minimalstandards sind, auf Schadensersatz zu klagen. Wenn also ein Land höhere Anforderungen beim Arbeitsschutz oder beim Kündigungsschutz als der Basis-Standard stellt, dann sollen in Zukunft die Konzerne den Staat auf Schadenersatz für die dadurch entstehenden Mehrkosten verklagen können – oder auf Schadenersatz für die durch höhere Produktionskosten geringeren Verkaufschancen.

Wir lehnen die im TTIP enthaltenen Investitionsschutzklauseln strikt ab. Das im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) und den unzähligen bi- und multilateralen Verträgen in den letzten Jahrzehnten stark ausgebaute Instrumentarium ist völlig ungeeignet, um die Interessen der jeweiligen Bevölkerung und der investierenden Unternehmen annähernd in Einklang zu bringen. Eine Ausweitung des Instrumentariums der „Streitschlichtung" über geheime Verhandlungen im kleinen Kreis ausgewählter Anwälte lehnen wir ab, da so den Unternehmen unzulässiger Weise parallele Rechte eingeräumt werden, ihre Interessen zu Lasten der Steuerzahler durchzusetzen. Insbesondere zwischen den Industrieländern in der OECD besteht überhaupt kein Anlass, solche Investitionsschutzklauseln und das Instrument der Streitschlichtung in Abkommen untereinander zu verankern. In der EU wie den USA gibt es ein weithin ausgebautes Rechtssystem, in dem allen Unternehmen der geltende Rechtsweg offen steht.

Fragen zum Investitionsschutz und den Rechten wie Pflichten (u.a. im Hinblick auf die Arbeits- und Produktionsbedingungen sowie der Besteuerung und Gewinnverlagerung) transnationaler Konzerne sind nicht im Rahmen der WTO bzw. in Freihandelsabkommen zu regeln. Die entscheidende Ebene wären die Vereinten Nationen, um ein entsprechendes System zu etablieren. Freihandelsabkommen sind völlig ungeeignet, da die Interessen der Unternehmen hier bereits strukturell zu hoch bewertet werden.

Aus Freitag



Was bedeutet es in der herrschenden Wirtschaftsform, die auf Wettbewerbsfähigkeit und Verdrängung beruht, wenn tatsächlich im transatlantischen Raum die Wettbewerbsfähigkeit steigt – wo fallen stattdessen Arbeitsplätze weg und sinken die Wachstumschancen?

Viele international agierende Unternehmen werden vom TTIP profitieren. Denn für sie werden die Regeln, Normen und Standards u.a. im Arbeits- und Urheberrecht sowie dem Umwelt-, Verbraucher- und Gesundheitsschutz passgenau gemacht. Bisher geltende gesetzliche Schranken und Auflagen werden fallen, Kosten sinken und der Marktzugang wird so erleichtert. Im Umkehrschluss bedeutet dies für zahlreiche Unternehmen in Deutschland und der EU insgesamt, dass der Verdrängungswettbewerb massiv zunimmt. Viele Unternehmen werden schlicht vom Markt verschwinden, Unternehmensbereiche werden ausgelagert und Arbeitsplätze vernichtet – das waren seit jeher zentrale Effekte aller Freihandelsabkommen. Insgesamt befürchten wir deshalb auch eine schlechtere Qualität der Arbeit, da soziale und arbeitsrechtliche Standards nach unten angeglichen werden. Ansonsten macht das geplante TTIP betriebswirtschaftlich für die Unternehmen in der EU und den USA gar keinen Sinn.

Noch mal zurück zu der Art der Verhandlungen. Warum wird im geheimen verhandelt und wie weit können wenigstens die einzelnen Abgeordneten des Bundestages die Verhandlungen kontrollieren?

Die Verhandlungen zum TTIP finden unter striktem Ausschluss der Öffentlichkeit und damit der Betroffenen statt. Die Verhandlungsinhalte und erreichten Ziele kennen nur die Verhandlungsparteien sowie mehr als 600 Unternehmenslobbyisten, die zentrale Dokumente vorab erhalten und Zugang zu den Verhandlungen haben. Diese Geheimniskrämerei, die eine bewusste Verletzung parlamentarischer Kontrollrechte darstellt, ist aber auch eine zentrale Schwäche des TTIP, die wir ausnutzen müssen. Denn die Bürgerinnen und Bürger sind zu Recht sehr misstrauisch gegen Alles geworden, von dem ihre Regierungen behaupten, zu viel Information sei schlecht für das Ergebnis. Nach sechs Jahren höchst intransparenten Bankenrettungen mit Milliardenkosten, nach einem NSA-Skandal, den selbst eine abge-

hörte Bundeskanzlerin immer noch kleinredet und nach einer Mordserie der NSU-Rechtsterroristen, die in den deutschen Sicherheitsbehörden verschlampt worden ist, nach all dem reagieren die Menschen höchst allergisch auf Verheimlichung und vermeintliche Vertraulichkeit zum Wohle der Sache. Innerhalb weniger Tage haben zum Beispiel 320.000 Menschen auf eine Internetaktion von Campact gegen das TTIP reagiert.

Als Bundestagsabgeordnete haben wir natürlich das Recht, uns von der Bundesregierung über den Stand der Verhandlungen informieren zu lassen. Aber die Bundesregierung macht es sich leicht und versteckt sich hinter dem Argument, dass die Verhandlungen schließlich von der EU-Kommission geführt würden und die Bundesregierung zu den Details gar keine Informationen hätte.

Nicht zuletzt aus diesem Grund haben wir am 10. Februar Ignacio Garcia Bercero, den Chef-Unterhändler der EU für das TTIP, in den Bundestag eingeladen, um ihn zu befragen. Bei einem Gespräch im Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat er zwar über die aktuelle Situation in den Verhandlungen berichtet, wollte aber ebenfalls auf Details nicht eingehen. Stattdessen war er um Beschwichtigung bemüht. Wir als LINKE fordern das sofortige Ende der Geheimverhandlungen und die Offenlegung sämtlicher Arbeitsgruppen und ihrer Verhandlungsstände. Nur so ist es möglich, sich anstelle von Befürchtungen eine fundierte Meinung zu bilden. Dass dies nicht geschieht, werten wir als deutliches Zeichen, dass der Stand der Verhandlungen einen öffentlichen Eklat auslösen würde.

Droht mit TTIP ein weiterer Privatisierungsschub mit Ausdehnung auf alle Bereiche der öffentlichen Versorgung?

Auch dies ist ein zentraler Punkt im TTIP. Quer durch alle Parteien haben vor allem die Kommunen große Sorgen, dass die Bereiche der Daseinsvorsorge, d.h. die öffentlichen Dienste in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Erziehung, Ver- und Entsorgung etc. auf dem Altar der Privatisierungs- und Wettbewerbslogik geopfert werden. Auch hieraus ergibt sich ein guter Angriffspunkt gegen das TTIP. Beispielsweise hat der Bundesverband der öffentlichen Wasserwirtschaftsunternehmen in einem offenen Brief an alle CDU-Abgeordneten seine Sorgen zum Ausdruck gebracht, dass in den Verhandlungen die kommunalen Wasser- und Abwasserbetriebe gefährdet und das kommunale Selbstverwaltungsrecht ausgehöhlt werden. Solche Äußerungen – wir stehen immerhin kurz vor den Europawahlen und vor Kommunalwahlen in den meisten Bundesländern – sind ein klares Indiz, dass sich gerade auf kommunaler Ebene in den Reihen von Union und SPD Widerstand gegen das TTIP mobilisieren lässt. Die Erfahrung der Wasserprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe hat gezeigt, dass privatisiertes Wasser zu massiven Preissteigerungen führen kann. Nach der erfolgreich von den Bürgern durchgesetzten Rekommunalisierung des Berliner Wassers werden die Preise nun wieder sinken.

Letzte Frage: was können – oder müssen wir als GewerkschafterInnen tun, um nachteilige Regelungen zu verhindern?

Der größtmögliche Erfolg wäre die Einstellung der TTIP-Verhandlungen. Dazu müsste der Ministerrat der EU-Kommission das Verhandlungsmandat entziehen, oder die Kommission müsste es auf öffentlichen Druck oder auf Druck des Europäischen Parlaments von sich aus zurückgeben. Wem das zu weit geht, der sollte mindestens klare Ablehnungsgründe formulieren. So ist gerade eine eindeutige Positionierung der Gewerkschaften zum TTIP notwendig. Die Gewerkschaften in Deutschland verhalten sich uneinheitlich. Während ver.di das TTIP überwiegend kritisch sieht, haben IG Metall und IGBCE bislang keine eindeutig negative Bewertung signalisiert. Wenn also das TTIP gestoppt oder schlimme Verhandlungsergebnisse verhindert werden sollen, braucht es unmissverständliche Botschaften der Gewerkschaften – sowohl an die EU-Kommission über den Europäischen Gewerkschaftsbund als auch über nationale Gewerkschaften und den DGB an die deutsche Bundesregierung.

Darüber hinaus können GewerkschafterInnen über ihre Organisationen und die bestehende Infrastruktur die kritische Aufklärung der breiten Öffentlichkeit vorantreiben und die kritische Diskussion in Foren wie die Kommunalpolitik oder die Handels- und Handwerkskammern hineintragen. Nicht zuletzt der 1. Mai ist eine sehr gute Gelegenheit, um die Kritik am TTIP in eine breite Öffentlichkeit zu tragen.

Zur Europawahl

Bürgerlich-konservative Euro-Kritik und die „Alternative für Deutschland“

Traudel Kassel

2006 platzte Konrad Adam der Kragen. In seinem Artikel in der „Welt“ rief er die Steuerzahler auf, gegen den Sozialstaat aktiv zu werden. Die Sozialpolitiker hätten „... dafür gesorgt, dass die Anspruchsberechtigten, die ihre Hand aufhalten, mittlerweile genauso kopfstark sind wie die Gruppe derer, die alle diese Hände füllen sollen. 38 Millionen Erwerbstätigen stehen rund 20 Millionen Rentner und Pensionäre, 8 Millionen Behinderte, 6 oder 7 Millionen Arbeitslose und 2 Millionen Studenten gegenüber. Leute, die es als ihr gottgewolltes Recht betrachten, von dem zu leben, was andere für sie aufbringen müssen.“ (Adam 2006b) (zitiert nach A. Kemper „Rechte Euro-Rebellion“, 2013)

Er stellte auch Überlegungen an, den seiner Meinung nach „Inaktiven und Versorgungsempfängern“ (Beamte, Politiker, Arbeitslose und Rentner) das Wahlrecht abzuerkennen, die an einem „fetten“ Staat mehr Interesse hätten als an einem „schlanken“. Ihm geht es um die Interessen von Wohlhabenden und Unternehmern.

Wer ist dieser Konrad Adam? Ein einsamer Spinner, der krause Gedanken in seinem Kämmerchen ausbrütet? Nein, er ist Journalist („FAZ“ und „Welt“), Publizist und Politiker.

Seit 2013 ist Herr Adam – neben Bernd Lucke und Frauke Petry – Parteisprecher der Partei „Alternative für Deutschland“.

Herr Adam und Herr Lucke sind nicht die AfD, aber sie sind die gewählte Führung einer Partei, die in ihren Reihen Leute versammelt, denen CDU und FDP nicht marktradikal genug sind und denen der Abbau sozialer Sicherung der Bevölkerung durch die Regierung nicht schnell und konsequent genug geht. Dazu gehört auch die Gegnerschaft zu Gewerkschaften.

Herr Lucke tritt als Experte in Ökonomie auf und gibt sich in Interviews häufig gemäßigt. Seine marktradikalen arbeitnehmerfeindlichen Ziele sind aber daraus ersichtlich, dass er 2005 den „Hamburger Appell“ von Ökonomen mit initiierte. Darin wurde u.a. die Senkung der Arbeitskosten und ein Wechsel der Sozialpolitik von Lohnersatzleistungen zu staatlichen Lohnzuschüssen gefordert: Das heißt Aufstocken von Niedriglöhnen auf das Existenzminimum aus Steuermitteln als Programm.

Die Partei wehrt sich gegen den Vorwurf, „rechts“ zu sein, ist aber offen gegenüber dem rechtspopulistischen Spektrum. Es gibt personelle Überschneidungen zu solchen und zu rechtskonservativen Parteien wie Freie Wähler, Bund freier Bürger, Republikaner und andere und Veröffentlichungen z.B. in der „Jungen Freiheit“.

Erben ostelbischer Junker stehen ihr ebenso nahe wie einflussreiche Netzwerke, die die Politik in der BRD von bürgerlich-konservativer Seite beeinflussen. Z.B. die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“, die konservative „Zivile Koalition“, der „Bürger-Konvent“ oder der wirtschaftsnahe „Konvent für Deutschland“, dem u.a. Ex-Bundespräsident Herzog, der Ex-BDI-Chef Hans-Olaf Henkel sowie zwei Väter der Agenda 2010 angehören. Von diesen Netzwerken dürften die meisten Menschen bisher nichts gehört haben. Für ihre Kampagnen gegen Gleichheit von Lebens- und Bildungschancen oder Parteiendemokratie verfügen sie über sehr viel Einfluss auf Medien und die öffentliche Meinung und Geld, nehmen aber für sich in Anspruch, gegenüber dem angeblichen mainstream „mutig“ für „Tabu“themen einzutreten.

Kritik am Euro als „Angelhaken“, um Wählerstimmen zu fangen

Das Thema Ablehnung des Euro oder – wie Olaf Henkel vorschlägt – die Teilung in einen Nord- und einen Süd-Euro ist die Klammer, die die sehr unterschiedlichen Strömungen und Personen in der AfD zusammen hält, ja ihre Parteigründung erst ermöglicht hat.

Martin Renner vom NRW-Vorstand sagte es offen: „Mit der Euro-Kritik ist der Angelhaken ausgeworfen“ worden, um UnterstützerInnen und Wählerstimmen zu gewinnen. Denn diese Kritik ist populär, greift vorhandene Unzufriedenheit, Ängste und aktuelle Konflikte auf und bietet wie alle populistischen Forderungen eine scheinbar einfache Lösung für vielschichtige Probleme an.

Plenarsaal des Europäischen Parlaments in Straßburg

Die Krise der südeuropäischen und anderer Staaten und des Euro ist aber eine Folge der seit Jahren schwelenden weltweiten kapitalistischen Krise und kann deshalb nicht mit der Abschaffung einer Währung gelöst werden. Diese Ursachen benennen die Herren Henkel, Lucke & Co. in den Talkshows und Interviews, in denen sie breiten Raum erhalten, allerdings nicht. Wie der Kabarettist Volker Pispers treffend äußerte: „Ob ich keinen Euro oder keine Drachme in der Tasche habe", ist dem Armen in Griechenland egal. Das gilt für die Armen in allen EU-Staaten.

Die Ungleichgewichte in der Wirtschaftskraft der Euro-Staaten werden damit nicht beseitigt. Die Euro-Kritiker verschweigen auch, wie es zu diesen Ungleichgewichten gekommen ist. Eine wesentliche Ursache ist die Verschuldung dieser Staaten, mit der bei ihrem EU-Beitritt die Wirtschaft angekurbelt wurde. Wo ein Schuldner ist, ist aber auch ein Gläubiger, der an diesen Schulden kräftig verdient, besonders nach Einsetzen der Wirtschaftskrise, die diese Staaten hart getroffen hat. Auch sprechen die Verfechter der „einfachen Lösung" nicht davon, dass Finanzmärkte die Wirtschaft dieser Länder ruiniert haben und die von EZB, IWF und EU-Kommission aufgezwungenen extremen Sparmaßnahmen die Beschäftigten und Erwerbslosen ins Elend drängen. Oder von der Rolle der Wirtschaft in Deutschland, die andere europäische Wirtschaften gnadenlos auskonkurriert hat.

Angestrebte Änderungen bei der parlamentarischen Demokratie

Sie vermeiden auch, über ihre über die Euro-Kritik hinausgehenden Ziele allzu offen zu sprechen, z.B. über Änderungen in der parlamentarischen Demokratie oder über die Wünsche ein Mehrheitswahlrecht einzuführen, das den Wählerwillen weniger ausdrückt als das gegenwärtige Verhältniswahlrecht, weil es kleinere Parteien benachteiligt. Oder über die oben erwähnten Vorstellungen, bestimmten Bevölkerungsteilen das Wahlrecht abzuerkennen oder LeistungsbezieherInnen vom passiven Wahlrecht auszuschließen. Die parlamentarische Demokratie wird von diesen Kreisen als „Parteiendemokratie" verunglimpft. Sie knüpfen dabei an Politikverdrossenheit durch Bürokratie, Parteien-„Filz" und Skandale an. Stattdessen propagieren sie mehr direkte Demokratie. Das klingt gut, weil die Beteiligung großer Bevölkerungsteile an politischen Entscheidungen wünschenswert ist und zur Auseinandersetzung der Menschen mit politischen Fragen anregt. Ähnlich wie bei Bürgermeisterwahlen werden Direktwahlen von Ministerpräsidenten und dem Bundespräsidenten angestrebt, verbunden mit einer Vergrößerung der Macht dieser Ämter. Auch Volksabstimmungen werden befürwortet. Zu denken gibt, dass es einflussreiche bürgerlich-konservative und nationale Kräfte sind, die diese Formen von Demokratie befürworten. Sie tun dies, weil die Erfahrung zeigt, dass Mittelschicht und Bürgertum leichter mobilisierbar sind

Parteivorsitzende der „Alternative für Deutschland“ Konrad Adam, Frauke Petry, Bernd Lucke (v.l.n.r.)

als Menschen, die als Niedriglöhner, prekär Beschäftigte oder Erwerbslose ihre ganze Energie für ihren täglichen Existenzkampf einsetzen müssen. Und weil diesen Kräften Finanzmittel und Medienzugang für ihre Kampagnen zur Verfügung stehen. Gegenöffentlichkeit herzustellen ist Normalbürgern oder kleinen Initiativen dagegen schwer möglich. Auch der Einfluss von Gewerkschaften ist begrenzt.

Bildung für Eliten statt Schule für alle

Wie schon Sarrazin (immer noch SPD), gehören auch Repräsentanten der AfD zu den Verfechtern von Selektion im Bildungswesen. Elitenförderung statt Breitenförderung wird angestrebt, weil man von erblicher Intelligenz ausgeht. Inklusion von Behinderten wird als Irrweg abgelehnt, obwohl sie nur eine Konvention der Vereinten Nationen umsetzt. Wo konservative Wertvorstellungen zusammen mit Konkurrenzdenken und ökonomischen Sichtweisen zentral sind, haben emanzipative Vorstellungen und Ziele keinen Platz mehr. Das gilt auch für Gleichstellungspolitik von Minderheiten. Solche Vorstellungen finden eine Basis in Kreisen der Bevölkerung, die um ihre Privilegien bangen und von der Kita an auf eine erfolgreiche Karriere ihrer Kinder setzen.

Vor der Europawahl

Was bedeutet die Bildung der AfD für die bevorstehende Wahl zum Europaparlament? Was eindeutig rechtspopulistische Parteien in Deutschland bisher nicht geschafft hatten, waren dauerhafte größere Wahlerfolge. Der AfD blieb der Einzug in den Bundestag fünf Monate nach der Gründung zwar knapp versagt, bei der Europawahl gilt aber keine Prozenthürde mehr. Im europäischen Parlament sind aus anderen europäischen Staaten schon bisher zahlreiche rechte und marktradikale EU-kritische Parteien stärker vertreten.

Bei der bevorstehenden Wahl werden steigende Prozentzahlen rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien aus verschiedenen Staaten erwartet, die sich untereinander durchaus unterscheiden. Gemeinsam sind ihnen eine ablehnende Haltung zum Euro bzw. zur EU sowie eine Abschottungspolitik gegen MigrantInnen, teilweise auch gegenüber solchen aus EU-Staaten. Und für Gleichstellung von Minderheiten sowie Bildungs-, Frauen- und Familienpolitik lässt eine Stärkung dieser Parteien einen negativen Einfluss auf fortschrittliche EU-Regelungen auf diesen Gebieten erwarten.

Wählen gehen und Bewegung von unten sind nötig

Diesen Kräften muss ein Gegengewicht aus fortschrittlichen Parteien entgegengesetzt werden. Dazu ist eine Mobilisierung unter GewerkschafterInnen, linken Parteien und AktivistInnen dringend nötig, damit Interessen von ArbeitnehmerInnen, RentnerInnen, Erwerbslosen und benachteiligten Gruppen mehr Berücksichtigung in der EU-Politik finden. Seit 1979 ist die Wahlteilnahme in fast allen EU-Staaten stark gesunken. In Deutschland von 65,7 % im Jahr 1979 auf 43,3 % im Jahr 2009. Die Teilnahme an der Wahl entbindet die WählerInnen nicht der Verpflichtung, sich nach Möglichkeit auch darüber hinaus aktiv in die EU-Politik einzuschalten, z.B. über Petitionen oder Europäische Bürgerinitiativen. Aktiv schalten sich auch die internationalen Blockupy-Proteste mit Veranstaltungen, Demonstrationen und Aktionen gegen die Politik der EU und der EZB ein.

Die Gesetzgebungsfunktion der einzigen gewählten EU-Einrichtung, dem Europa-Parlament, ist beschränkt. Es kann keine Gesetzgebung initiieren, aber die EU-Kommission auffordern, ein solches Vorhaben zu beginnen. Trotzdem zeigt die Geschichte der EU, dass die Kommission in bestimmten Fällen nicht einfach über die Meinung des Parlaments hinweggehen konnte. Zumindest theoretisch könnte es diese mit 2/3 Mehrheit diese sogar absetzen. Weitere Budget-, Anhörungs- und Kontrollrechte sind festgelegt. Wenn eine europäische Bürgerinitiative – Beispiel Wasserprivatisierung – erfolgreich ist, muss das Parlament die Angelegenheit öffentlich behandeln. Und auch darauf muss die EU-Kommission reagieren.

Es wird Zeit, dass auch das politische Denken im europäischen Rahmen als selbstverständliche Aufgabe erkannt und in Taten umgesetzt wird. Ohne das wird es keine positive Entwicklung in Europa geben.

Traudel Kassel, Mitglied der WIR-Redaktion

Italien: Die Esodati

Beate Weise

Um das italienische Wort esodato (Sing.) (esodati, Pl.) zu erklären, das eigentlich von esodo (Exodus, Abwanderung, Flucht, Auszug) stammt, habe ich mich an einen Bekannten gewandt. Er arbeitet bei dem Patronat INCA der italienischen Gewerkschaft CGIL. Dort erhalten nicht nur Mitglieder fachmännische und kostenlose Auskunft sowie Beratung in Sachen Arbeitsrecht, Arbeitsschutz, Rente etc. Es folgt eine kleine Zusammenfassung (Ich entschuldige mich im Voraus für eventuelle Auslassungen und Ungenauigkeiten).

Es war einmal ein Gesetz, das besagte: 40 Jahre gearbeitet, danach Rente.

Dann kam die Fornero-Reform. Aus den 40 Jahren wurden 42 Jahre und 6 Monate (Männer). Alternative: bis zum Pensionsalter von 66 arbeiten.

Aus diesen beiden Gesetzen sind die esodati hervorgegangen.

Wer zum Beispiel im Alter von 55 Jahren aufgrund von Stellenabbau, Unternehmensauflösung oder Einstellung der Lohnausgleichskasse entlassen wurde und 37 Jahre gearbeitet hatte, dem wurde die sogenannte Mobilität angeboten (Mobilitätsgeld ca. 800 – 900 € monatlich für Facharbeiter, Eintragung in die Mobilitätsliste, mögliche Aufnahme von befristeten oder Teilzeitverträgen und danach Rückkehr in die Mobilität, Reduzierung der Sozialbeiträge zugunsten der Betriebe, die Arbeitslose aus der Mobilitätsliste einstellen). Nach 3 Jahren waren auch die 40 abzuleistenden Jahre um. Und es gab Rente.

Nicht mehr nach der Rentenreform. Schlimmer noch, weder Rente, noch Arbeit. Es fehlten ja jetzt 2 Jahre und 6 Monate. Wo hernehmen. Befristet muss das Arbeitsverhältnis außerdem sein. Denn bei unbefristetem Arbeitsvertrag hieß oder heißt es, bis zum neuen Pensionsalter (66) arbeiten. Oder freiwillig die Beiträge (ca. 8.000 – 10.000 € pro Jahr) einzahlen?

Eine zutreffende Übersetzung für das italienische Wort esodati wäre wohl auch: Opfer der Rentenreform .

Die Betroffenen selbst wissen, sie sind zu alt für den Arbeitsmarkt, zu jung für das Pensionsalter.

Was sie nicht wissen, wovon sie den Lebensunterhalt für sich und die Familie bestreiten sollen, wann endlich der Moment kommt, an dem sie ihre Rente ausgezahlt bekommen und wie viel Zeit (oder Jahre) sie über die Runden kommen müssen.

P.S.

Nach Schätzungen (Juni 2013, INPS) beläuft sich die Zahl der esodati auf insgesamt 300.000.

Bis heute sind circa 150.000 durch Regierungsmaßnahmen gerettet worden, von denen heute aber erst 25.000 bereits ihre Rente beziehen.

- Guck mal Papa, ohne Hände!

- Guck mal, mein Sohn! Ohne Gehalt und ohne Rente!

SEILTANZ DER ESODATI

EQUILIBRISMI ESODATI

Für Gerechtigkeit sorgen – UmFAIRteilen!

Wolfgang Bielenberg,
Mitglied der WIR-Redaktion

In Bremen wie in der Bunderepublik klafft die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander. Die öffentlichen Haushalte trocknen aus. Ob fehlende Kita-Plätze und Sozialwohnungen, ob Pflege-Notstand, marode Schulen, mangelhafter Nahverkehr oder lahmende Energiewende - überall bekommen wir Bürger/innen die Folgen jahrelanger Entlastung der Reichsten zu spüren.

Seit Ende der 1990er Jahre haben Wohlhabende und Konzerne von Steuererleichterungen im Umfang von rund 500 Milliarden Euro profitiert. Die dadurch entstandenen Haushaltslöcher wurden durch 400 Milliarden neue öffentliche Schulden, durch Kürzungen bei öffentlichen Leistungen und höhere Belastungen für Normal- und Geringverdiener ausgeglichen. Mit den zusätzlichen Schulden infolge der Bankenrettung hat sich die Situation weiter verschärft.

Umverteilung von unten nach oben: Eine gefährliche Entwicklung

Die Netto-Privatvermögen (d.h. die Vermögen abzüglich aller Schulden) haben sich nach Angaben der Bundesbank in den letzten 20 Jahren mehr als verdoppelt, auf gigantische 10 Billionen Euro. Zwei Drittel davon liegen in den Händen von nur 10 Prozent der Bevölkerung. Das reichste Prozent der Bundesbürger allein verfügt über 35 Prozent des Reichtums, während sich die ärmere Hälfte der Bevölkerung ein einziges Prozent vom Kuchen teilen muss.

Allein im letzten Jahrzehnt stieg die Zahl deutscher Millionäre laut World Wealth Report um rund ein Drittel. Im gleichen Zeitraum verloren Niedriglöhner weitere 8,9 Prozent von ihren ohnehin geringen Einkommen. Heute ist in Deutschland jede/r Sechste arm oder von Armut bedroht.

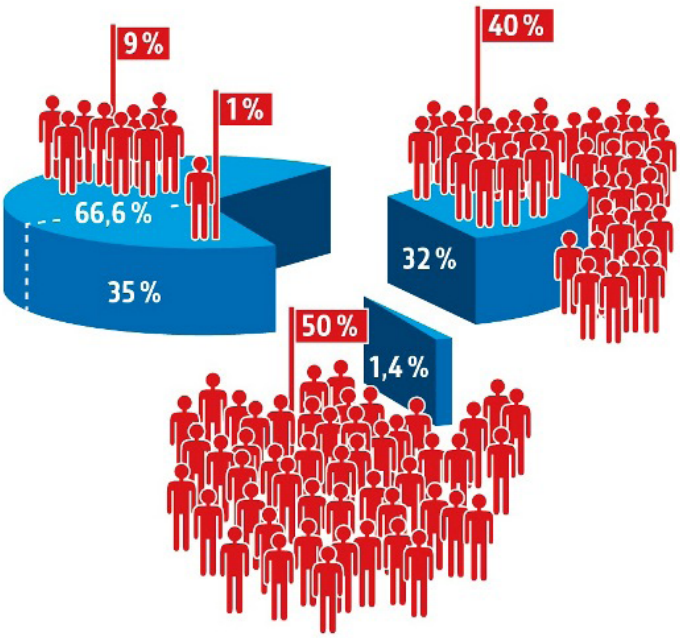
Es höhlt die Demokratie aus, wenn an Bildung und Sozialem gespart wird. Es ist ungerecht, wenn Reiche immer reicher und weniger besteuert werden, während die Ärmeren ärmer werden. Es gilt, Vermögen wieder zu besteuern. Nachdem die SPD in den Koalitionsverhandlungen eingeknickt ist, will die neue Bundesregierung Reiche nicht stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens heranziehen – aber milliardenschwere Mehrausgaben sowie einen massiven Schuldenabbau stemmen.

Jetzt ist es an der Zeit, dass wir Bürger/innen den Politiker/innen den Rücken stärken, die eine Besteuerung großer Vermögen wollen. Deutschlands Millionäre und Milliardäre müssen wieder stärker für die Finanzierung des Gemeinwesens herangezogen werden – dafür streiten wir im Bündnis „UmFAIRteilen“ gemeinsam mit Sozialverbänden, Gewerkschaften und vielen weiteren Organisationen:

Wir brauchen eine dauerhafte Vermögensteuer

Eine Vermögensteuer bezieht sich auf den Vermögensbesitz abzüglich von Schulden (d.h. auf das Nettovermögen), nicht auf das laufende Einkommen. Steuerpflichtig sind Geldvermögen (einschließlich Wertpapiere), Immobilien-, Sach- und Betriebsvermögen. Seit 1994 wird in Deutschland keine Vermögensteuer mehr erhoben.

Dabei kann die Vermögensteuer bei einem Steuersatz von 1,5 % und großzügigen Freibeträgen über 20 Milliarden Euro jährlich einbringen (steuerfrei wären dabei 1 Million Euro für jeden Erwachsenen, 250 000 Euro für jedes Kind und 5 Millionen Euro für Betriebsvermögen). Steuerpflichtig wären danach weniger als 1 % der Bevölkerung: rund 400.000 Bundesbürger/innen, die zusammen über mehr als 3 Billionen Euro verfügen. Die Einnahmen stehen den Bundesländern zu, die damit in Bildung, Wohnungsbau und Infrastruktur investieren oder auch ihre Schuldenlast abbauen können.



Wir brauchen eine einmalige Vermögensabgabe

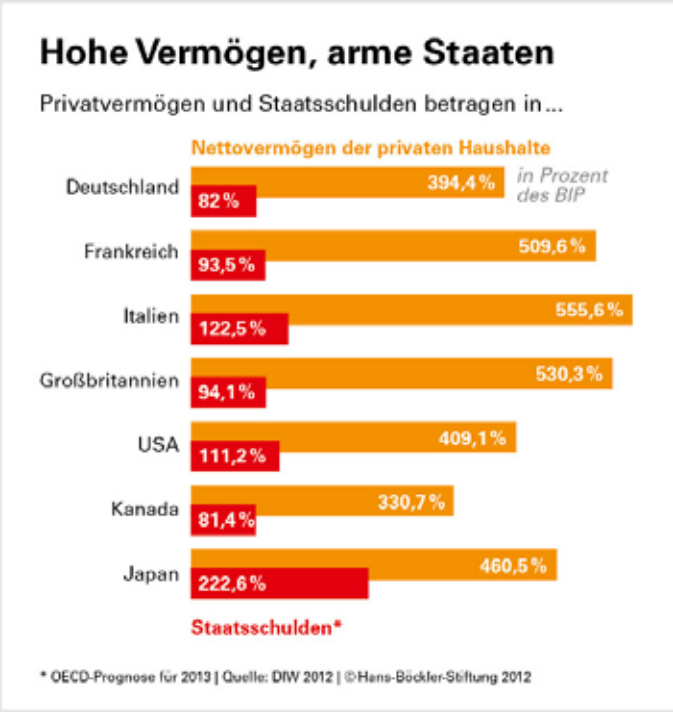
Mit der Bankenrettung infolge der Finanzkrise wurde den öffentlichen Haushalten neue gigantische Schuldenlasten aufgebürdet. Notwendig ist deshalb auch eine einmalige Vermögensabgabe, möglichst europaweit. Denn auch in anderen EU-Ländern sind die Privatvermögen um ein Vielfaches größer als die Staatsschulden, und auch dort hat sich infolge der Bankenrettung die soziale Schieflage drastisch verschärft. Denn gerettet wurden vor allem die Vermögen großer Investoren – bezahlt wurde es durch drastische Steuererhöhungen für die breite Masse sowie scharfe Einschnitte in der Daseinsvorsorge. Das hat in Südeuropa bereits in eine schwere Rezession geführt, die viele Menschen ins Elend gestürzt hat und den ganzen Kontinent bedroht.

Eine Vermögensabgabe ermöglicht einen gerechten Schuldenabbau. Je nach Freibeträgen, Abgabesätzen und Laufzeiten sind Einnahmen unterschiedlicher Höhe möglich. Bei einem Abgabesatz von 20 % – verteilt auf eine Laufzeit von zehn Jahren wären das 2 % pro Jahr – würden in Deutschland 300 Milliarden erzielt. Das entspricht in etwa der Summe, die öffentlichen Haushalte der Bundesrepublik seit 2008 zur Bewältigung der Finanzkrise an neuen Schulden aufgenommen haben.

Wir brauchen eine konsequente Verfolgung von Steuerbetrügern

21 bis 32 Billionen Dollar Privatvermögen werden weltweit in Steueroasen gebunkert, schätzt das Tax Justice Network (Netzwerk für Steuergerechtigkeit). Allein auf Schweizer Konten sollen bis zu 300 Milliarden Euro deutsches Schwarzgeld liegen. Steuerbetrug und Steuerflucht verursachen EU-weit jährlich Schäden von rund einer Billion Euro, schätzt EU-Steuerkommissar Šemeta (Stern, 14.3.2013). Steuerbetrug ist kein Kavaliersdelikt. Steuerbetrüger müssen strafrechtlich verfolgt und verurteilt werden. Banken müssen ihre Lizenzen verlieren, wenn sie weiterhin mit Steueroasen zusammenarbeiten.

(nach www.campact.de/umfairteilen/appell/5-minuten-info)



ver.di - Klausurtagung in Schwerin 2013

Elke Witte
Mitglied des Bezirksseniorenausschusses Schwerin

Am 17. Oktober 2013 fanden sich die Mitglieder des Bezirksseniorenausschusses ver.di Schwerin fast vollzählig in Banzkow bei Schwerin zur diesjährigen Klausurtagung zusammen.

Wie jedes Jahr galt es, Bilanz über die im abgelaufenen Zeitraum geleistete Arbeit zu ziehen und die Aufgaben für die Zukunft abzustecken.

Als Gast konnten wir zunächst Frau Folesky vom Finanzamt Hagenow begrüßen. In allgemeinverständlicher Form erläuterte sie die gesetzlichen Bestimmungen zur Besteuerung von Alterseinkünften und konnte vielen die Angst vor Steuernachzahlungen auf ihre Renteneinkommen nehmen.

Mit besonderer Aufmerksamkeit wurde der Bericht der Kollegin Brigitte Costard über den Ostrentengipfel am 8. Mai 2013 in der ver.di- Bundesverwaltung verfolgt. Dazu hatte das „Bündnis für eine gerechte Rentenangleichung in den neuen Bundesländern“ eingeladen, das aus Vertretern von Gewerkschaften und Sozialverbänden besteht.

Eingeladene Vertreter der Regierungskoalition waren leider nicht erschienen, obwohl sie in ihrem Koalitionsvertrag vom 26.10.2009 festgeschrieben hatten, in dieser Legislaturperiode ein einheitliches Rentensystem einzuführen.

Einen vielbeachteten Diskussionsbeitrag hielt als Vertreterin der SPD die stellvertretende SPD-Vorsitzende und Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales des Landes M/V Manuela Schwesig. Auch Grüne und Linke stellten ihre Lösungsvorschläge dar.

Die „Erklärung der Seniorenpolitischen Konferenz des DGB-Bezirkes Nord am 5. Sept. 2013 in Hamburg“, die uns durch Kollegin Costard übergeben wurde, thematisiert ebenfalls eine einheitliche Rentenpolitik für ganz Deutschland sowie die Bedeutung gewerkschaftlicher Einkommenspolitik, um Altersarmut zu verhindern.

Im weiteren Verlauf der Klausurtagung ging es um die Vorbereitung der Organisationswahlen mit Blick auf den vom 20.- 26.9.2015 stattfindenden Gewerkschaftskongreß, für den 80 besondere Seniorenmandate vergeben werden, die vorher in den Ebenen gewählt werden müssen. Für die Bezirksseniorenkonferenz wurde der 3. oder 4. Juni 2014 vorgeschlagen. Alle Mitglieder des BSA wurden gebeten, sich Gedanken zu machen, ob sie für eine künftige Mitarbeit noch zur Verfügung stehen.

Zu den Aufgaben der Gewerkschaften mit Blick auf den Ausgang der Wahlen zum Bundestag und eine wahrscheinlich Große Koalition sprach der Kollege Lothar Hesse, ehem. Leiter der der ÖTV- Geschäftsstelle in Wismar, der als Gast eingeladen war.

Er machte deutlich, dass die Gewerkschaften immer mehr gefordert sind, den Abbau von Arbeitnehmerrechten zu verhindern und dabei unser aller Unterstützung brauchen.

Die Arbeit des vergangenen Jahres analysierte der Vorsitzende des BSA, Kollege Joachim Jennrich. Er konnte feststellen, dass der Aktivitätenplan 2013 vollständig realisiert wurde. Die Jubilarehrungen in Ludwigslust und Schwerin waren wie jedes Jahr gelungene Veranstaltungen, obwohl die Beteiligung durch die Jubilare oft nicht befriedigen kann. Die Aktivitäten für 2014 werden sich hauptsächlich auf die Vorbereitung und Durchführung der Organisationswahlen konzentrieren.

Mit der erfreulichen Mitteilung der Kollegin. Costard aus der Gewerkschaftsratssitzung, dass der Abwärtstrend in der Mitgliederentwicklung gemindert ist und es in einigen Fachbereichen und Bezirken aufwärts geht, wurde unsere diesjährige Klausurtagung beendet.

Das Neue Hulsberg Viertel

Schaffung von Wohnraum! Vernichtung von (möglichem) Wohnraum?

Das höchste und damit auffallende Gebäude auf dem Gelände des zukünftigen Hulsberg Wohnquartiers ist das neunstöckige, klotzförmige sog. „Bettenhaus“.

Es sticht nicht durch eine besondere historisch interessante Architektur oder Schönheit hervor.

Es ist ein rechteckiger Nachkriegsbau (60er Jahre) mit einem entsprechenden Leitungsnetz, Treppenhaus, Fahrstuhl, Elektrik und der Infrastruktur insgesamt. Da sich dort bis heute Krankenpflegestationen befinden, wurden auch notwendige Reparaturen und Grundrenovierungen vorgenommen.

Das Gebäude wäre gut zum Umbau als Wohngebäude geeignet und bietet potentiell rund 11 000 qm Brutto-Wohnfläche (plus Keller).

Es ist auf Grund der Form des Baukörpers und der weitgehend zeitgemäßen Infrastruktur relativ preiswert (z.B. im Verhältnis zu einem denkmalgeschützten Gebäude) umzubauen. Die äußere Hülle kann erhalten bleiben. Auch das Verhältnis von umbautem Raum zu bewohnbarer Fläche ist durch die niedrige Geschosshöhe günstig.

Entsprechend würde auch die Einrichtung von barrierearmen bzw. barrierefreien Wohnungen, sowie die Nachrüstung mit Balkonen, statisch und bautechnisch „problemarm“ möglich sein.

Natürlich entspricht die Dämmung nicht mehr den aktuellen Vorschriften. Eine umfassende energetische Sanierung ist erforderlich. Sinnvoll wäre auch eine eigene Photovoltaikanlage, Regenwassernutzung etc., im Rahmen eines energetischen Gesamtkonzeptes für das neue Hulsberg Viertel.

In allen veröffentlichten und diskutierten Plänen, die den BürgerInnen im Rahmen der Beteiligung zur Aufstellung eines Bebauungsplanes vorgelegt wurden, war das Bettenhaus als erhaltenswerter Bestand eingezeichnet. Davon wurde auch in allen öffentlichen Versammlungen bis einschließlich Oktober 2013 von Seiten der Behörde, der GEG Grundstückentwicklungsgesellschaft und der Öffentlichkeit ausgegangen und bei Detailplanungen und Veränderungen daran festgehalten.

Ohne Diskussionsmöglichkeit oder auch nur Information der Öffentlichkeit legte die Behörde auf dem Forum am 25. Nov. 2013 kommentarlos einen Plan vor, auf dem neben verschiedenen anderen Änderungen das Bettenhaus einem großen oberirdischen Parkhaus weichen soll. Eine Erklärung zu diesem geplanten Abriss erfolgte nicht.

Fragen und Einwände der anwesenden BürgerInnen bei den folgenden Diskussionsforen wurden mit der knappen Begründung beantwortet, das Parkhaus sei nach Angabe des Klinikums unbedingt für die Parkplätze der MitarbeiterInnen, PatientInnen und BesucherInnen erforderlich.

Bremen ist eine Stadt, in der Wohnungsnot herrscht. Das sagen inzwischen sogar unsere führenden Politiker.

Besonders dramatisch ist der Mangel an Sozialwohnungen mit Mietpreisbindung.

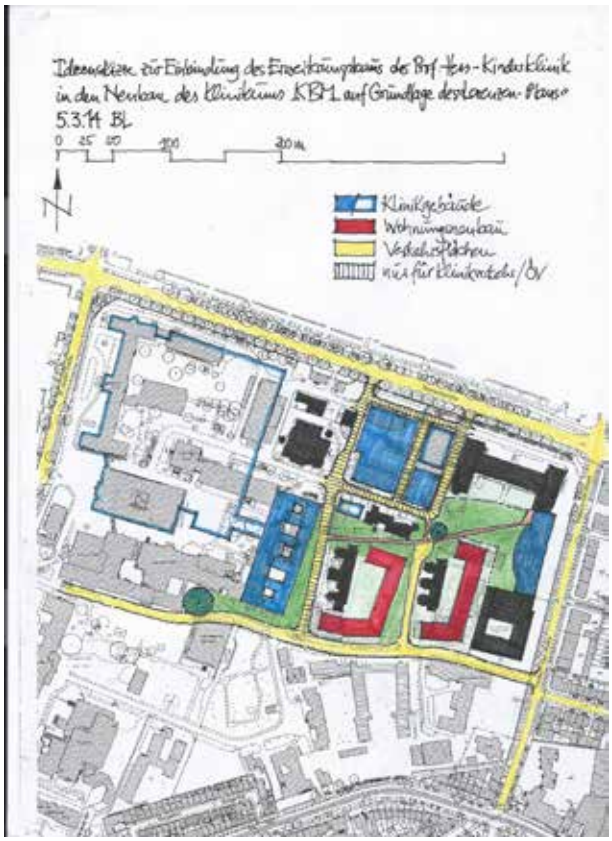
In dieser Situation rund 11 000 qm potentielle Wohnfläche – das sind mindestens 100 Wohnungen – ohne überzeugende Begründung für den Abriss (der andererseits natürlich auch Kosten verursacht und jede Menge Energie verbraucht) vorzusehen, ist absolut nicht zu verstehen!

Kontakt: Margot Müller
Mitglied der WIR-Redaktion
Tel. 0421 453604
E mail:
mueller@hemelingen-archiv.de

Amtliche Informationen und Termine im Netz unter:
http://www.neues-hulsberg.de

Einige Fragen: Auf welcher Ebene der senatorischen Behörde wurde diese Entscheidung getroffen? Was hat sich zwischen Okt. 2013 und Nov. 2013 in der Sache geändert? Waren Ortsamt und Beirat östliche Vorstadt mit dem nun vorgesehenen Abriss und dem dahinter stehenden Verkehrskonzept befasst? Wer hat ein Interesse an dieser Wohnraumvernichtung?

Es gibt bereits interessierte Wohnprojekte und Gruppen, die das Bettenhaus auf genossenschaftlicher Basis, evtl. in Zusammenarbeit mit bundesweit agierenden Vereinigungen wie Mietshäusersyndikat zum preiswerten generationenübergreifenden Wohnen – sowie für Kleingewerbe, Kultur, Gemeinschaftsräume, Werk- und Unterrichtsstätten, einem „Repair-Cafe“ usw. – umbauen und nutzen wollen.



Ein Ziel ist es, das Projekt dauerhaft dem Markt und seinen Gesetzen zu entziehen und stattdessen solidarisches Wohnen, Zusammenleben und auch Bezahlen zu organisieren.

Wohin die Marktlogik führt ist gerade wieder in Bremen Lüssum idealtypisch zu beobachten, wo rund 10000 Wohnungen verkauft wurden, ohne dass die Mieter den geringsten Einfluss hatten.

Das Bettenhaus ist besonders gut für diese Pläne geeignet, weil es Platz für ein großes oder mehrere kleine gut vernetzte und zusammenarbeitende Projekte bietet.

Es ist groß genug für junge Familien mit Kindern und RentnerInnen; für Berufstätige, die zentral wohnen möchten und vielleicht sogar auf dem Gelände arbeiten können; für Alleinerziehende; für „tagenbare“ BremerInnen und MigrantInnen; für StudentInnen und Menschen mit Handicap; für Flüchtlinge, die endlich aus den Massenunterkünften ausziehen dürfen; und … eigentlich für alle Menschen, die den Wunsch haben in einem großen Haus mit Anderen das Zusammenleben gemeinsam solidarisch zu organisieren.

Die Quote der vorgeschriebenen 25 % Sozialwohnungen muß in diesem Sinne deutlich überschritten werden. Da ein Umbau des Bettenhauses auf jeden Fall billiger als Neubauten ist, kann hier aber auch preisgünstiger Wohnraum für Menschen mit durchschnittlichem Einkommen, das knapp über den Sätzen für einen Berechtigungsschein liegt, entstehen.

Das Bettenhaus könnte so ein Modellprojekt für Bremen werden.

Natürlich wird auch eine Abstimmung und Zusammenarbeit mit anderen Gruppen und Institutionen, die an der Belebung des Geländes arbeiten, angestrebt.

Damit alle diese Pläne und Ideen überhaupt eine Chance haben, muß jetzt zuerst das Bettenhaus im Bebauungsplan als Bestand gesichert und so vor der Zerstörung bewahrt werden.

Das geplante Parkhaus wäre – ja, das ist symbolisch – der größte Neubau auf dem gesamten Neuen Hulsberg Gelände. Es gibt weder eine überzeugende Begründung dafür, warum es an dieser Stelle entstehen soll, noch generell dafür, wie viele Autostellplätze überhaupt an welchen Stellen notwendig sind.

Einige Fragen: Was tut das Klinikum Mitte, um den Autoverkehr von Beschäftigten, Patienten und Besuchern sinnvoll einzuschränken und Alternativen zu bieten? Ist der Betriebsrat in diese Planungen einbezogen? Wurden die Erfahrungen anderer Städte auf diesem Gebiet ausgewertet? Wie kann die Nutzung des Jobtickets für die Beschäftigten gesteigert werden?

Zwei Jahre Bremer Aktionsbündnis

Menschenrecht auf Wohnen

Eine Politik und Wohnungswirtschaft „fordernde“ und für von Wohnungsnot Betroffene „fördernde“ Bilanz

Mit einem von 50 Teilnehmer_innen besuchten Fachtag hat das Bremer Aktionsbündnis Menschenrecht auf Wohnen seinen zweiten Geburtstag am 27.02.2014 „gefeiert“.

Es wurde Bilanz gezogen (Was war gut an unserem Wirken? Was war schwierig? Woran wollen wir weiterarbeiten?), aktuelle wohnungspolitische Fragen bearbeitet und mit Forderungen versehen und mit Hilfe des Gastreferenten Andrej Holm (Berliner Stadtsoziologe) auch die bundesweiten Entwicklungen und Erfahrungen von (Mieter_innen) Bewegungen und Recht-auf-Stadt-Initiativen einbezogen.

Die Bilanz fiel sehr positiv, aber auch kritisch und selbstkritisch aus:

1. Wir sind sehr zufrieden, dass wir mit unseren großen Veranstaltungen, Aktionen („Ein Pappkarton ist keine Wohnung“ vor der Bremischen Bürgerschaft, Schlafsack-Aktion vor leer stehenden und für Wohnzwecke nutzbaren Gebäuden) sowie vielen kleineren umtriebigen Aktivitäten sowie Öffentlichkeitsarbeit einen großen Beitrag geleistet haben, die Wohnungsfrage zum Thema der Stadt und Stadtöffentlichkeit gemacht zu haben.

Zugleich wurde dabei auch vermittelt, dass Wohnungsnot nicht nur ein Thema für die deutlich mehr werdenden Wohnungslosen ist.

Tausende Bürger_innen sind in großer Sorge, zum Teil verzweifeln sie, weil es ihnen nicht gelingt, eine menschenwürdige und bezahlbare Wohnung zu bekommen. Die Wohnungsnot betrifft Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen und in allen Lebensphasen:

Wohnungslose sowie von Mieterhöhungen oder gar Zwangsräumungen bedrohte Menschen;

Menschen, z.B. auch Studierende, die aus Mangel an Wohnraum bei Freunden oder Verwandten unterkommen (müssen);

Menschen, die ihre Arbeit verlieren und die Miete infolge dessen nicht mehr aufbringen können; die ungeachtet ihres gerade erlittenen Schicksalsschlages zu Umzügen genötigt oder gar zwangsgeräumt werden;

Bürger_innen, denen wegen ‚fremd‘ klingender Namen, ‚falscher Hautfarbe‘ Wohnraum verwehrt wird;

Alleinerziehende Eltern, die unter diskriminierenden Ausschlusspraktiken seitens privater Vermieter_innen leiden;

Menschen, die von staatlichen Transferleistungen leben und deshalb von etlichen Vermieter_innen abgelehnt werden;

Menschen, die einen SCHUFA-Eintrag haben und deshalb für viele Wohnungsunternehmen nicht als Mieter_innen infrage kommen;

Menschen, die mit knapper Rente und/oder mit einer Behinderung leben und eine barrierefreie, bezahlbare Wohnung in ihrem Quartier suchen;

Haft-Entlassene oder seelisch Kranke, denen ebenfalls überwiegend skeptisch bis ablehnend begegnet wird;

Flüchtlinge, die dringend eine bezahlbare Wohnung brauchen;

Junge Menschen, die eine Familie gründen wollen, aber keine bezahlbare Wohnung finden; auch Paare, die sich trennen und deshalb dringend neuen Wohnraum brauchen;

Familien mit geringem Einkommen, die wesentlich mehr Wohnfläche bräuch-

ten, um ihren Kindern ein menschenwürdiges Aufwachsen zu ermöglichen;

Menschen, die in dringend sanierungsbedürftigen Wohnungen leben müssen, welche - als Spekulationsobjekte aufgekauft - im Wortsinne zu „Schrottimmobilien“ verrotten; (Um mit Heinrich Zille zu sprechen: „Man kann mit einer Wohnung einen Menschen genau so töten wie mit einer Axt.“)

Die Auflistung ließe sich weiter fortführen, zumal unter der Wohnungsnot zunehmend mehr Menschen leiden - bis weit in die sogenannte gesellschaftliche ‚Mitte‘ hinein. Vor allem die Wohnkosten machen den Bremer_innen Sorgen, die ihr Leben mit geringem Einkommen oder von staatlichen Transferleistungen bestreiten müssen. Mehr als die Hälfte ihres verfügbaren Einkommens geben arme Familien für die Miete aus.

Hinzu kommt, dass die Wohnungsunternehmen die Wohnungsnot gnadenlos ausnutzen und insbesondere bei Wiedervermietungen ordentlich aufschlagen.

Unser Aktionsbündnis Menschenrecht auf Wohnen kümmert sich aber nicht nur um die politische Einmischung sondern leistet auch Unterstützung und Hilfe. Dazu trägt maßgeblich bei die breite Zusammensetzung unseres Bündnisses. Da sind von Wohnungsnot betroffene, Obdachlose, Menschen, die ehrenamtlich oder professionell gegen die Wohnungsnot und für Betroffene arbeiten, es sind dabei Aktivist_innen und die Diakonie, Straßensozialarbeiter_innen, die Winterkirche und Vertreter_innen der Obdachloseninitiative Nordbremer Kirchengemeinden, auch mal Vermieter_innen und Politiker-innen. Im Laufe der beiden Jahre hat sich eine enorme Kompetenz zu Wohnungsfragen angesammelt und ganz praktische Solidarität mit Tipps und Unterstützung ist gewährleistet.

2. Auch durch unsere öffentlichkeitswirksamen Aktionen wurden Änderungen in der Wohnungspolitik der Stadt erreicht. Die öffentliche Diskussion entbrannte. Der Bürgermeister griff das Thema auf und lud zu einem Bündnis für Wohnen. Da sollten Politik, Verwaltung und Wohnungswirtschaft zusammen arbeiten – wir haben jedoch sofort eingefordert, dass vor allem Betroffene dabei sein sollten. Seitdem arbeiten Vertreter unseres Aktionsbündnisses Menschenrecht auf Wohnen in dem Bündnis des Bürgermeisters und seinen Arbeitsgruppen mit und beeinflussen so direkt die Beschlüsse und Ergebnisse.

Folgende reale Verbesserungen in der Wohnungspolitik wurden bisher erreicht:

Die Finanzen für den geförderten Wohnungsbau wurden drastisch heraufgesetzt. Damit sollen geförderte Wohnungen mit Mietpreisbindung geschaffen werden. Denn in den letzten Jahrzehnten hatten der Bund und die Länder den sozialen Wohnungsbau fast total zum Erliegen gebracht. Folge: von den ca. 80.000 Wohnungen, die 1990 in Bremen der Mietpreisbindung unterlagen, gibt es heute nur noch 8.000. Die Bindungsfristen für die anderen Wohnungen sind ausgelaufen bzw. wurden abgelöst.

Bei neuen Bauvorhaben (per Verkauf durch die Stadt bzw. der Schaffung neuen Baurechts) gilt die Auflage, dass 25 % der neu zu schaffenden Wohnungen (egal ob Einzelhäuser, Reihenhäuser oder Geschosswohnungsbau) geförderter Wohnraum sein muss. Das wird auch als Beitrag zum sozialen Zusammenhalt in der Stadt verstanden und als Bremse einer weiteren Stadtspaltung per Segregation bzw. Gentrifizierung.

Von den zu bauenden neuen geförderten Wohnungen müssen wiederum 20 % für direkt von Wohnungsnot betroffene Menschen zur Verfügung gestellt werden.

Aber zugleich wurde auf unserem Bilanz-Fachtag „gestöhnt“: Ja, Klasse, wir haben mit unseren Aktivitäten was bewirkt, aber neue Wohnungen für Wohnungslose fehlen, Schimmelwohnungen

und Schrottimmobilien bleiben und die Mieten sind in den zwei Jahren auch gestiegen und die Renditejagd mit Wohnungen geht weiter.

Wir stoßen also immer wieder auf den fast unlösbaren Widerspruch, dass Wohnen ein Menschenrecht ist und andererseits Wohnen ist eine Ware ist, mit der Profit gemacht wird.

Deshalb hat das Aktionsbündnis beschlossen, weiter zu machen und noch mehr „Druck“ zu erzeugen.

Unsere aktuellen Forderungen lauten:
1. Das von Senat und Bürgerschaft beschlossene Programm von 700 geförderten Wohnungen bezog sich auf den Zeitraum 2012/13. (Bisher gibt es aber nur entsprechende Anträge und Absichtserklärungen dafür.) Die Zahl reicht hinten und vorne nicht. Deshalb halten wir es für erforderlich, dass sofort das Programm für die Jahre 2014-18 fortgeschrieben wird, am besten noch finanziell weiter aufgestockt.

2. Wir erwarten endlich eine Strategie des Bausenators für den Wohnungsbestand.

Was wird getan gegen Schrottimmobilien und verschimmelte Wohnungen (z.B. Wohnungsaufsichtsgesetz). Wie soll der Instandsetzungs- und Modernisierungsstau in tausenden Wohnungen behoben werden. Und vor allem: Wie verhindert Bremen das Monopoly-Spiel der internationalen Finanzinvestoren, die Kohle machen, aber nichts bzw. viel zu wenig machen für die Wohnungen und Mieter. So wurden erst jüngst die Grohner Düne und 9.500 Wohnungen der Vitusgruppe (vor 16 Jahren noch im Besitz Bremens) an Finanzspekulanten und die Annigton verkauft.

Wir fordern die Rekommunalisierung dieser Wohnungen, damit die Stadt wirklich Einfluss nimmt auf die Wohnungsfrage und Quartiersentwicklung.

3. Es müssen Maßnahmen gegen die Mietpreissteigerungen (sowohl bei der Kaltmiete als auch bei Betriebs- und Heizkosten sowie Strom) getroffen werden. Da wird über „Mietpreisbremsen“ geredet, die aber bestenfalls Mieterhöhungs-Deckelungen sind.

Erforderlich ist eigentlich ein Mietpreisstopp. Keine Mieterhöhungen bei Neuvermietung.

Darüber hinaus werden viele weitere Ideen und Forderungen diskutiert:

Umnutzung von leerstehendem Gewerberaum für Wohnzwecke, Nutzung von Leerständen bis hin zur Beschlagnahmung (z.B. nach einem Jahr; wird in einigen Städten Frankreichs umgesetzt) von leer stehenden Wohnungen durch die Kommune, Erhöhung des Limits für die Kosten der Unterkunft (ALG II etc.), Erschließung von privatem Wohnraum durch Patenschaften oder ähnlichem etc., Nutzung des Bettenhauses auf dem neuen Hulsberg-Gelände zu Wohnzwecken usw.

Es geht um das Menschenrecht Wohnen – also bleiben wir aktiv. Und machen Druck. Neben Aktionen (“Besichtigung“ von Leerständen) und unseren regelmäßigen Treffen werden wir im Frühsommer die „Kampagne Aktionsbündnis vor Ort“ starten. Wir werden in die Stadtteile (die armen UND die reichen) gehen, um mit Informationen und Aktionen vor Ort für das Thema Wohnungsnot zu sensibilisieren, aber auch um die Mieterinitiativen, Bewohnertreffs und Betroffenen zu stärken und die Beiräte in die politische Debatte um die Wohnungsnot mit einzubeziehen.

Joachim Barloschky, BARLO, Quartiersmanager Tenever 1990-2011, Lehrbeauftragter Hochschule Bremen, Sprecher des Aktionsbündnisses Menschenrecht auf Wohnen

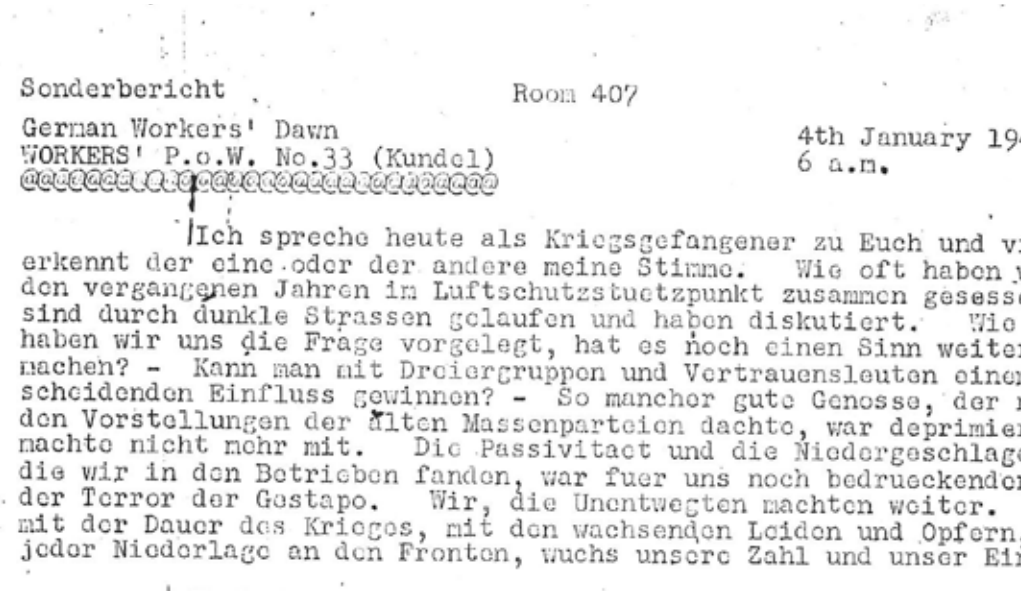
Interessierte sind herzlich eingeladen zu den Treffen des Aktionsbündnisses Menschenrecht auf Wohnen jeden ersten Montag des Monats um 17 Uhr im Konsul-Hackfeld-Haus, Birkenstraße 34.

Heinz Kundel: Zusammenarbeiten mit jeder Gruppe, die den Sturz Hitlers will

Am 4. Januar 1945 sprach der Bremer Werftarbeiter Heinrich (Heinz) Kundel als Kriegsgefangener über den englischen Rundfunk BBC zu den Bremer Arbeitern. Er rief dazu auf, endlich „Schluss zu machen" mit dem Krieg und mit jeder Gruppe zusammenzuarbeiten, „die den Sturz Hitlers will". Dazu sei es nötig, „die Passivität und Niedergeschlagenheit, die wir in den Betrieben fanden" zu überwinden. Sie „war für uns noch bedrückender als der Terror der Gestapo". Eine Ursache dafür sah Kundel in den „Vorstellungen der alten Massenparteien", in denen der Wille zur Einheit der deutschen Arbeiterschaft fehlte. Er plädierte deshalb dafür, sich der „eigenen Kraft bewusst zu werden". Die Arbeiter „müssen sich organisieren, müssen solidarisch auch mit den ausländischen Arbeitern sein. Die deutsche Arbeiterschaft ist eine Kraft, wenn sie einig ist und wenn sie weiß, was sie will". Heinz Kundel gehörte als Kriegsgefangener zu den Deutschen, die an der Westfront im September 1944 in britische Gefangenschaft gerieten. Als anerkannter Antifaschist kam er ab Oktober 1944 in das Antifa-Lager Ascot, um dort im POW-Camp 7/II (Prisoner of War, P.W.) an deutschsprachigen Sendungen von BBC London mit zu arbeiten und in der Reihe der „Morgenstunde für deutsche Arbeiter" (Germans Workers`Dawn) zu sprechen. Durch Zufall hatte seine Frau Lu diese verbotene, mit Zuchthaus, gar mit der Todesstrafe geahndeten Sendungen in der Wohnung in Bremen-Huchting, Neuer Damm 43, heimlich mitgehört und dadurch erfahren, dass ihr seit langem vermisster Mann noch lebte. Eine Szene, an die sie fast 50 Jahre später an der Seite ihres Mannes noch einmal im Bremer Rundfunk erinnerte.[1]

Wer war Heinz Kundel? Der 1914 geborene Elektriker stammte aus einer alten Bremer Werftarbeiterfamilie, die zu den frühen Anhängern der Bremer Linken und der Räterepublik gehörte. Über seine Frau Lu, die Tochter des KPD-Mitgründers Adolf Dannat, lernte er die führenden Bremer Kommunisten um Willi Deisen und Adolf Ehlers kennen, die ihn politisch prägten, auch nachdem sie zu der Gruppe der Oppositionellen in der KPD gegangen waren. Ab 1930 Mitglied der KPD-Opposition (KPO) leitete Kundel den Bremer Jugendverband KJO und half dabei, im Herbst 1930 eine „Arbeitsgemeinschaft Bremer Arbeitsloser" zu gründen. Nachdem über 500 vornehmlich jugendliche Bremer Sozialdemokraten am 22. Oktober 1931 die SPD aus Protest gegen die Zustim-

[1] Vgl. Jörg Wollenberg, Patrioten als Landesverräter. Aufstand des Gewissens und politischer Widerstand gegen die Nazis. Eine szenische Dokumentation im Kultursaal der Angestelltenkammer Bremen, ausgestrahlt von Radio Bremen, 31.8.1994. Dazu auch die Videofilmreihe „Bremer Arbeiterbiographien": Heinz und Lu Kundel. Film V: Krieg, Gefangenschaft und erste Nachkriegsjahre (75 Minuten, davon 10 Minuten über das Lagerleben in Ascot), Bremen 1991.



Sonderbericht Room 407

German Workers' Dawn
WORKERS' P.o.W. No.33 (Kundel)

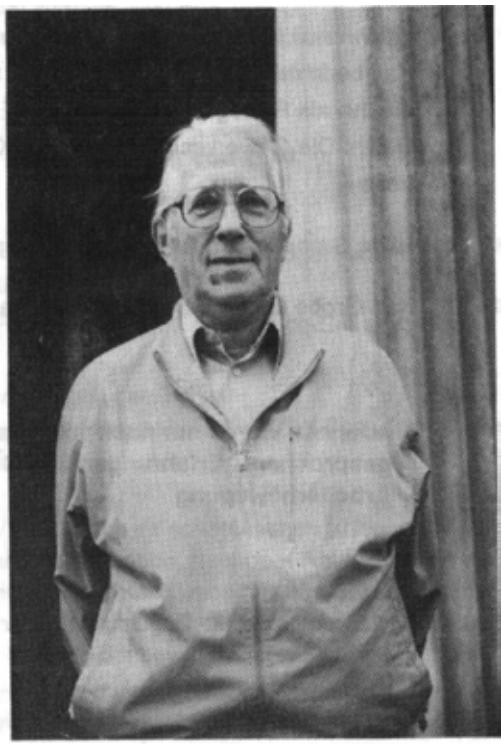
4th January 19
6 a.m.

Ich spreche heute als Kriegsgefangener zu Euch und v
erkennt der eine oder der andere meine Stimme. Wie oft haben
den vergangenen Jahren im Luftschutzstuetzpunkt zusammen gesess
sind durch dunkle Strassen gelaufen und haben diskutiert. Wie
haben wir uns die Frage vorgelegt, hat es noch einen Sinn weite
machen? - Kann man mit Dreiergruppen und Vertrauensleuten eine
scheidenden Einfluss gewinnen? - So mancher gute Genosse, der
den Vorstellungen der alten Massenparteien dachte, war deprimie
machte nicht mehr mit. Die Passivitaet und die Niedergeschlag
die wir in den Betrieben fanden, war fuer uns noch bedrueckende
der Terror der Gestapo. Wir, die Unentwegten machten weiter.
mit der Dauer des Krieges, mit den wachsenden Leiden und Opfern
jeder Niederlage an den Fronten, wuchs unsere Zahl und unser Ei

BBC- Rede vom 4. Januar 1945

mung der Partei zu den Notverordnungen und zum Nachrüstungsbeschluss (Panzerkreuzer A) verlassen hatten und mit Karl Grobe die SAP gegründet hatten, wechselte Kundel mit der Mehrheit der Bremer KPO–Mitglieder im Februar 1932 zur SAP. Als aktives Führungsmitglied im „Sozialistischen Schutzbund“ rief er immer wieder zur Einheitsfront von KPD und SPD auf. Noch am 14. Februar 1933 verteilte er ein Flugblatt in der Hoffnung, „rechtzeitig die aktive Einheitsfront herzustellen und nicht erst an den Gräbern der Opfer des faschistischen Terrors“. Davon ließ sich die Bezirksleitung der SAP leiten, als sie ein Schreiben an die Bezirksleitung der KPD und an den Ortsausschuss des ADGB richtete: „Erzwingt die Einheitsfront!“. Vergeblich . Auch in Bremen war der abgrundtiefe Riss der Arbeiterbewegung nicht zu überwinden. In „Dreiergruppen“ auf die Illegalität eingestellt, beteiligte sich Heinz Kundel anschließend am antifaschistischen Widerstand, u.a. durch illegale Reisen in die Schweiz und nach Schweden. Nach dem Reichsarbeitsdienst und dem Wehrdienst kam er ab 1937 als Techniker bei der AEG unter und blieb vom Kriegsdienst (Soldat auf Urlaub) für den Kriegsschiffbau freigestellt. Um einer zweiten Verhaftung zu entgehen, meldete er sich im August 1944 zum Heer. Vom September 1944 bis Juni 1946 blieb Heinz Kundel in britischer Kriegsgefangenschaft.

Bevor Heinz Kundel ins Camp Nr. 7 in der Nähe von Ascot südwestlich von London kam, musste er sich drei bis vier Tage einer harten Prüfung und einem Verhör („Quetschmühle“) unterziehen und einen ausführlichen Lebenslauf verfassen. Dabei sollte er auch auf die besondere politische Situation in Bremen eingehen. Ein eng beschriebenes über 40 seitiges Manuskript zu den „Allgemeinen politischen Strömungen innerhalb der deutschen sozialistischen Arbeiterschaft von 1939-1944“ war das Ergebnis, das wegen der präzisen Schilderung zur Situation der deutschen Bevölkerung im Krieg vom Leiter des Lagers ein positives „Date of confirm“ erhielt. Darin konstatiert Heinz Kundel u.a. nüchtern: „Der ideologische Einbruch in das Lager der Arbeiterschaft war Hitler bis 1939 gelungen“. Er konnte so die „Bereitschaft des Arbeiters zum deutschen Krieg wecken“ (S.1). Und dennoch entfalteten sich die „Widerstandskräfte weiter, was Kundel an Beispielen nicht nur aus Bremen belegt (S. 2ff). Ausführlich ging er auf die Folgen des „Vertrauensverlustes der Weltarbeiterschaft zur Kommunistischen Internationale“ ein. Würde die Dritte Internationale nicht noch klarer an der Kriegsfrage scheitern als die Zweite? (S.6ff). Der ausführlichen Beschreibung der Kriegsereignisse folgt der Blick auf die Folgen von Stalingrad mit dem aufkeimenden Widerstand aus den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft. Es ist ein Plädoyer für das „Gebot der Stunde nach Einigkeit“ auf der Grundlage eines gemeinsamen Programms, einschließlich der „Zusammenarbeit der europäischen Staaten auf allen Gebieten zur Sicherung des europäischen Friedens“. Ansätze dazu seien in Bremen (über Ehlers und Busch) wie auch in Leipzig, Halle-Merseburg, Berlin seit Anfang 1944 realisiert worden. „Die Basis für gemeinsame Handlungen aller Antifaschisten war gegeben“ (S.29). Wie aber würde man die Frage der „Fremdarbeiter“ lösen und wie würde sich das Verhältnis zu den Alliierten nach dem Zusammenbruch Hitler-Deutschlands gestalten? Beunruhigt war Kundel durch die Nazi-Stimmungsmache für die neuen Wunderwaffen am Ende des Krieges: “Vergeltung begann ein Begriff zu werden“, um so mehr, da die Vernichtung der europäischen Juden und „die Umlegung der russischen Gefangenen, der verdächtigen russischen Zivilisten“ bekannt war. Und „jeder Pole, jeder Ostarbeiter war sofort zu erschießen, wenn er sich unerlaubt entfernte“ (S.34). Abschließend widmet sich Kundel in seinem Bericht vom Oktober 1944 den Folgen des russischen Sieges für die gespaltene deutsche Arbeiterbewegung: Der Sieg der sowjetischen Armee habe zur „Einheitsfront zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern“ beigetragen. Damit seien die Voraussetzung gegeben, „bei kommenden Entscheidungen das ganze Gewicht der geeinten Klasse in die Waagschale zu werfen“. (S.36f.) Kundel belegt diese Hoffnung mit konkreten Beispielen aus der antifaschistischen Betriebsarbeit in Bremen, vor allem aus den Werften und bei



Heinz Kundel

Borgward, Hier sei es gelungen, trotz der zahlreichen Spitzel auch Betriebsleiter wie den Deschimag- Chef Stapelfeldt mit in die Resistenzbemühungen einzubeziehen. „Er hatte etwa ein Dutzend bekannter Sozialisten und Kommunisten aus dem Konzentrationslager geholt und wieder eingestellt. Er gab ferner dem Genossen Theil regelmäßig über Maßnahmen der Gestapo im Betrieb Bescheid“ (S.40). Soweit Auszüge aus dem Skript vom Oktober 1944, das einer Veröffentlichung harrt. Hier fehlt der Platz, dem Konvolut an Aufzeichnungen zu folgen, die er aus der Gefangenschaft mit nach Bremen transportierte und die er mir im Juli 1994 (als einer seiner „Nachlassverwalter“) überließ, einschließlich wichtiger Briefe von Adolf Dannat, Anton Pannekoek, Johann Knief und Heinrich Brandler wie auch Akten seiner Tätigkeit ab 1946 als Funktionär der „Gruppe Arbeiterpolitik“. Deshalb nur einige wenige Andeutungen:

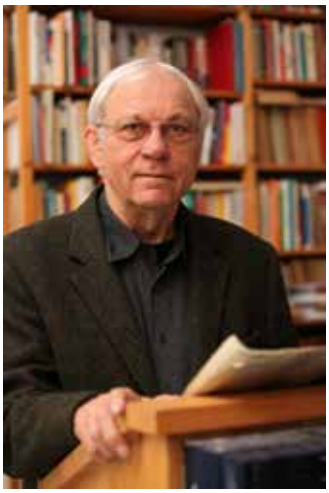
HEINZ (LINKS) BEI DER AEG-SCHIFFBAU IN DEN KRIEGSJAHREN

Der Beirat der Lagerverwaltung von Ascot, dem Kundel eine Zeit lang angehörte, händigte Neuankömmlingen ein umfangreiches „Flugblatt“ aus, das u. a. folgendes „Grundsätzliches“ festhielt: „Seit dem 2. Oktober 1944 haben wir eine Kriegsgefangenen-Sendung im Rahmen der BBC. Wir wollen die Brücke sein zwischen den deutschen Kriegsgefangenen und der Heimat. Wir sprechen in unserer eigenen Sendung. Wir sprechen nicht als Beauftragte Englands, sondern als Deutsche und nur als deutsche Kriegsgefangene, die entschlossen sind, täglich zu arbeiten an der geistigen Überwindung des Nationalsozialismus. Wir wollen unsere Stimme erheben gegen die faschistische Barbarei und vor der Heimat und vor der Welt beweisen, dass die Gleichung: Deutscher-Nationalsozialist nicht stimmt. Wir bilden als Kriegsgefangene, deren Gemeinschaft sich zusammensetzt aus Christen, Sozialisten und Angehörigen der demokratischen Mitte, eine große Einheitsfront all derer, die unter Hitler gelitten haben.“ In der Tat befanden sich diese unterschiedlichen Gruppen im Lager Ascot: Im „Roten Kreml“ versammelten sich die Kommunisten und Sozialisten, darunter neben Heinz Kundel u.a. Albert Rohloff, Fritz Borges, Willi Brundert, Stephan G. Thomas. Im bürgerlichen Block der Christen, im sogenannten Vatikan, der damals noch konservative Katholik Eduard von Schnitzler und Baron Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg. Dazu „Angehörige der Demokratischen Mitte“ wie Werner Trott zu Solz. Der hauptamtliche Lagerführer wurde von der englischen Militärverwaltung bestimmt-. Und die ernannte den Sozialdemokraten von der Gruppe Neubeginnen, Waldemar von Knoeringen alias Mr. Holt (1906-1971), zum Leiter. Sie alle sollten in der Regel nach der Befreiung wichtige Positionen an den Besatzungszonen übernehmen. und einige von ihnen stellten mit Heinz Kundel ihre Mitarbeit an den Flugblättern bald ein, weil diese über Deutschland von Bomberflugzeugen abgeworfen wurden. Herausragend blieb die Pressearbeit im Lager. Der Deutschlandspiegel (Germany Day by Day) informierte täglich über Ereignisse in Deutschland. „Das Echo“, ein Wochenorgan, zitierte aus der britischen Tagepresse und diskutierte am 6.10.1945 über „Die deutsch Finanzkrise“ angesichts der zerstörten Industrieanlagen und der Reparationsleistungen ins Ausland“. Und Franz Neumann ging im „Echo“ vom 10. Oktober 1945 der Frage nach, „wie es möglich war, dass die Arbeiterbewegung Deutschlands, die die geistigen Führer und überzeugendsten Theoretiker der Arbeiterbewegung überhaupt gestellt hat, 1914 und 1933 versagen konnte“ Heinz Kundel arbeitete außerdem an der Ascot- Ausgabe der „Freien Tribüne“ mit, dem von der KPD geprägten Organ der „Freien Deutschen Bewegung (FDB) und dem Freien Deutschen Kulturbund

(FDKB). Hier kam es schon Ende 1943 zu einer heftigen Kontroverse zwischen Jürgen Kuczynski (KPD) und Leopold Ullstein um die Höhe der Reparationen, die der Varga-Plan für die Kriegszerstörungen in der Sowjetunion forderte.

Für einige Monate kam Heinz Kundel zur Fortbildung in das Umschulungslager „Wilton Park“, das unter Leitung des Historikers Heinz Koeppler (Oxford) stand –mit einem Lehrkörper aus deutschen Akademikern. Direktor (Warden) Koeppler war einer der zentralen Figuren der „German Educational Reconstruction“ nach 1945, verantwortlich für eine Umschulungsarbeit in den Lagern, die weitgehend unabhängig von den britischen Einflussnahmen funktionierte. Er sorgte mit dafür, dass - gegen den Willen von Heinz Kundel, Wolfgang Abendroth und Jürgen Kuczynski - nicht die Einheit als „Glaubensbekenntnis“ der erneuerten und geeinten Arbeiterbewegung siegte, sondern im Einflussbereich der Westalliierten sich erneut die sozialdemokratische Hegemonie unter Ausgrenzung der Kommunisten durchsetzte. In der DDR geriet Wilton Park deshalb schnell in Verdacht, eine Art britischer Agentenschule zu sein.

Nach seiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft im Juni 1946 erlebte Heinz Kundel eine große Enttäuschung: Wohl hatte die Bremer „Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus“ (KGF) vom 6. Mai bis zum 16. Dezember 1945 sich immer wieder dafür eingesetzt, „die Bildung einer sozialistischen Einheitspartei“ als Hauptziel zu fordern. Aber ausgerechnet sein politischer Ziehvater und Mitgründer der KGF, Adolf Ehlers, war inzwischen als Senator von der KPD zur SPD gewechselt. Ihm folgten in Bremen u.a. August und Irmgard Enderle von der KPO, Hermann Lücke von der SAP und Fritz und Frieda Paul vom ISK, die alle noch am 16.12.1945 die „Entschließung zur Bildung einer Einheitspartei“ mit verfasst hatten. Mit seinem Jugendfreund Gustav Böhrnsen trat er noch im Juni 1946 in die KPD ein. Wegen „Brandlerismus“ erfolgte im Januar 1950 der Ausschluss aus der KPD. Kundel gehörte zu den Mitbegründern der „Gruppe Arbeiterpolitik“. Seit 1980 war er aktives Mitglied im „Arbeitskreis Bremer Arbeiterveteranen“, mit denen ich als Hochschullehrer in Bremen und als VHS-Leiter in Nürnberg eng kooperierte. Neben zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen (Zeitzeugenberichte) beteiligte sich diese Gruppe an der Realisierung der Ausstellung zu „Bremen 1933-45. Vom Handelszentrum zur Rüstungsschmiede“, die 1983 im Schlachthof eröffnet wurde.



Jörg Wollenberg

Verachtet, verfolgt, vergessen?

Kriegsgegner und Friedensbewegung in Bremen 1898 – 1958

Im Rahmen der vielfältigen Veranstaltungen in Bremen, die sich auf die Ursachen und Folgen des Ersten Weltkriegs konzentrieren, erinnert der DGB-Bremen in Kooperation mit Arbeit und Leben, dem Donat Verlag und dem Bremer Friedensforum exemplarisch daran, dass kein Krieg ohne Alternative war und ist.

Im Zentrum der Veranstaltung des DGB steht die Ausstellung „Nieder die Waffen – die Hände gereicht!“ - Friedensbewegung in Bremen 1898 -1958. Die Ausstellung würdigt jene Persönlichkeiten und Gruppen des organisierten Pazifismus in Bremen, die sich gegen Krieg, Militarismus, Faschismus und Antisemitismus sowie für Frieden, Freiheit, Demokratie, Aussöhnung und soziale Gerechtigkeit eingesetzt haben.

Zum Ersten Weltkrieg gab es eine politische Alternative!
Eröffnung 8.5.1914 / 17 Uhr - DGB-Haus, Bahnhofsvorplatz 22-28

„Nieder die Waffen – die Hände gereicht!“ Bremen im Zeichen des Friedens

Mit Anette Düring, Dr. Andreas Röpcke, Hans Koschnik, Martin Heckmann, Aline Barthélemy, Reinhard Bockhofer, Ekkehardt Lenz und Helmut Donat

Weitere Veranstaltungen findet ihr im Flyer des „Forum Gedenken Erster Weltkrieg“ der dieser Ausgabe beiliegt.

Gro-Ko

Hugo Köser, Mitglied der WIR-Redaktion

Also, das mit der GroKo (Große Koalition) war ja richtig spannend für mich. Mit großem Interesse habe ich versucht mich schlau zu machen. Was soll den nun in unserer Republik alles neu geregelt werden? Es waren ja auch ganz viele Politiker beteiligt. In den Nachrichten wurde man fast täglich bedient. Auf vielen Sitzungen wurden umfangreiche Texte produziert. Als dann alles in trockenen Tüchern war, habe ich versucht die Aussagen zu verstehen. Einiges habe ich nicht gleich verstanden.

Hier ein paar Beispiele:

„Zudem wollen wir künftig eine Anlaufhemmung bei bestimmten Auslandssachverhalten hinsichtlich der Festsetzungsverjährung einführen, wenn diese nicht korrekt erklärt werden kann."

Und weiter:

„Die Initiierung von Innovationsprozessen zum Beispiel durch Spitzenclusterwettbewerbe oder durch Netzwerke wie die Nationale Plattform Elektromobilität wollen wir auf alle Leitmärkte – auch in Europa – ausweiten."

Oder:

„Das sogenannte Best-Effort-Internet, das für die Gleichberechtigung der Datenpakete steht, wird in seiner Qualität weiterentwickelt und darf nicht von einer Vielzahl von "Managed Services" verdrängt werden.

Verschärfte internationale Konkurrenz, auch aus den schnell wachsenden Schwellenländern, ein rasanter wissenschaftlicher und technischer Fortschritt, insbesondere die Digitalisierung, der demographische Wandel u.a. mit dem Fachkräftemangel, und die Knappheit natürlicher Ressourcen stellen uns vor neue Herausforderungen."

Gut erkannt, sauber herausgearbeitet:

„Die bereits im sogenannten Two-Pack-Verfahren eingeführte Überwachung der nationalen Haushaltsplanung durch die EU-Kommission wollen wir zu einem effizienten Instrument ausbauen, das bei klaren Verstößen gegen EU-Regeln einem nationalen Haushaltsgesetzgeber ermöglicht, frühzeitig selbst gegenzusteuern."

Noch was?

„Wir werden die Wirkungen der Regelungen der achten GWB-Novelle auswerten und weitere Schritte zur Straffung des behördlichen und gerichtlichen Verfahrens bei Kartellverstößen prüfen."

„Es wird ein Förderprogramm "Innovation in IT-Forschung und Sicherheit" zur Stärkung der nationalen F&E-Aktivitäten in diesen Bereichen weiterentwickelt, wobei Sicherheit und Nutzerfreundlichkeit für unterschiedliche AnwendergruppeninEinklanggebrachtwerden."

Meiner Meinung nach geht es der großen Koalition um Vertrauen, Mut, Innovation, Nachhaltigkeit und Dingsbums!

Alles einsehbar unter: groko.de

Aus Freitag

Müllabfuhr in Bürgerhand

Gutachten zur Machbarkeit der bremischen Abfallwirtschaft und Straßenreinigung im Auftrag von ver.di.

2018 laufen die Leistungsverträge mit dem privaten Entsorger des Bremer Hausmülls, der Fa. Nehlsen, aus. Die Stadtgemeinde steht deshalb vor der Frage, ob die Abfallentsorgung und die Straßenreinigung dann wieder in private Hände übergeben oder von der Stadt selbst erledigt werden soll. Abfallentsorgung ist ein einträgliches Geschäft. Die Privatisierungsentscheidung der damaligen großen Koalition 1998 war für Bremen ein schlechtes Geschäft. Die Veräußerungsgewinne in Höhe von 107 Mio. € sind im defizitären Gesamthaushalt verschwunden und es wurden keine nachhaltigen Einnahmen generiert.

Ver.di liefert mit dem Gutachten eine fundierte Grundlage und fordert die Politik zum Handeln auf. Eine grundsätzliche Entscheidung ist noch vor der Bürgerschaftswahl notwendig, so Rainer Kuhn, Geschäftsführer von ver.di Bremen. Die Zeit drängt! Wir fordern gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten, gute Löhne und eine transparente Gebührengestaltung sowie Beteiligung der Bürger im Planungs- und Umsetzungsprozess der Rekommunalisierung, so Kuhn.

Kuhn weiter: „Abfallbeseitigung ist ein wesentlicher Teil des Umweltschutzes. Damit sollte kein Geld verdient werden".

Die Skeptiker führen ins Feld, wie kann das alles in einem „Notlagenland Bremen" finanziert werden? Antwort: Bei der Abfallwirtschaft haben wir es mit einem Gebührenhaushalt zu tun. Einen Ausgleich über Steuermittel darf es nicht geben. In den Gebühren sind die Abschreibungen von Investitionen enthalten. Verschuldung ist also nicht gleich Verschuldung. Fachlich wird dies „rentierliche Schulden" genannt. Wird die Abfallwirtschaft von der Kommune wahrgenommen, entfällt die Mehrwertsteuer. Zur Zeit über 5 Mio. € im Jahr. Dieser Betrag und die derzeit unbekannte Rendite des jetzigen Betreibers eröffnet die Möglichkeit, alle Themen wie zum Beispiel Gebührenstabilität, vernünftige Arbeitsbedingungen und faire Löhne zu erreichen. Und, so ver.di, die Steuerung geht wieder zurück in die Hand des Kommunalen Trägers.

Weiter wird gegen eine Rekommunalisierung angeführt, dass der Öffentliche Dienst per se nicht in der Lage ist die Aufgabe wahrzunehmen. Ein Argument, dass offensichtlich Stammtische bedient.

Übrigens: Bremen ist die einzige Stadt mit mehr als 500.000 Einwohnern, die das operative Geschäft der Müllabfuhr privatisiert hat – ein Blick nach München verrät, dass durchaus kommunal und gleichzeitig betriebswirtschaftlich sinnvoll agiert werden kann. Bremen soll das nicht können?!

Kuhn: Wir haben uns 2012 in die Diskussion eingeschaltet. Wir wollen eine öffentliche Diskussion anstoßen und befördern. Wichtige Grundlagen sind mit dem Gutachten geschaffen. Dabei ist für uns die Bürgerbeteiligung ein wichtiges Thema.

Unter dem Motto **„Müllabfuhr in Bürgerhand"** werden wir in diesem Jahr vielfältige Aktivitäten - ein Bürgerbegehren einbezogen - starten.

Dazu brauchen wir viele MitstreiterInnen. Mach*en Sie* mit !!! Wir freuen uns auf Ihre / Deine Unterstützung!

Rainer Kuhn
Bezirksgeschäftsführer
ver.di

Foto: Hugo Köser

Leserbriefe

Liebe WIR-Redaktion,

gerade habe ich die neue WIR (Nr. 20) bekommen, und ich freue mich sehr über die engagierten Beiträge der KollegInnen.
Traudel Kassel spricht mir mit ihren kritischen Aussagen zum Thema Freiwilligkeit aus dem Herzen, wenn sie aufzeigt, wie die Bereitschaft zur unentgeltlichen Arbeit der sozialen Verantwortung zur Wohlfahrtspolitik des Staates oft entgegensteht und wie die Menschen sich als Lückenbüßer sehen für eigentlich staatliche Aufgaben.
Zum Thema Arbeiterverein „Use Akschen" hätte ich gern gewusst, was diese Wörter bedeuten. Ich rede zwar platt, wenn auch Hamborger, und als Übersetzung fällt mir nur „unsere Aktion" ein – man: wat bedüt dat denn nu wohraftig?
Die Antworten David Prechts zeigen seine offensichtliche Fantasielosigkeit. Das inhaltlich Beste an den zwei Seiten sind die Überschrift und der Kommentar von Uwe Dreier!
Gut und wichtig sind aus meiner Sicht die Gegenüberstellungen der „ehrenamtlichen" Arbeit in der Gesellschaft von Margot Müller. Das sollte man / sollten wir ausführlicher untersuchen und darstellen. Und nicht zuletzt finde ich die Fotos der beteiligten KollegInnen drollig. Ich wünsche Euch weiterhin so feine WIRs!

Herzlichst Krista Deppe

Ehrenamtlicher Tätigkeit

Ich, Heinz Piontek, wurde durch einen Arbeitskollegen gefragt, ob ich mit ihm einen Erste Hilfe Kursus machen wolle, und ich hatte zugesagt. Nach diesem Kursus wollte ich mehr über die Erste Hilfe erfahren und bin ins Deutsche Rote Kreuz eingetreten. Als ich dann merkte, dass mir die gestellten Aufgaben (helfen) sehr viel Spaß machen, konnte ich bis heute nicht aufhören.

Durch einige Auslandseinsätze in Erdbebengebieten wie Managua, Italien und Armenien und Brunnenbau in Vietnam habe ich einiges gelernt, was mich anspornte weitere Aufgaben beim DRK zu übernehmen.

Heute leite ich die Gruppe der Altkameradschaft (das sind Kamerad/inn/en), die früher im DRK aktiven Dienst gemacht haben), um diese zu betreuen. Eine historische Gruppe habe ich mit einigen Kameraden aufgebaut. Nach über 40 Jahren möchte ich im DRK keine Stunde missen.

Glückwunsch.

Die letzte „WIR" war wieder super. Sehr angesprochen hat mich der Artikel über das Ehrenamt. Sind wir doch alle so irgendwie ehrenamtlich tätig. Sei es in der Nachbarschaft oder in der Familie.

Und da sind da noch die freiwilligen Sanitäter. Wären ihre Dienste ohne sie noch finanzierbar? Die freiwillige Feuerwehr ist in ländlichen Gebieten die einzige Möglichkeit bei Feuer Hilfe zu bekommen. Die Angehörigen müssen bei Tag und Nacht immer einsatzbereit sein. Großbrände, wie zum Beispiel im Hafen, wären ohne die Freiwilligen nicht zu löschen.

Die Familien dieser Menschen müssen oft auf ihre Partner oder Väter oder auch Mütter verzichten. Denn der theoretische Unterricht und die Löschübungen müssen auch regelmäßig durchgeführt werden.

Über den volkswirtschaftlichen Gewinn hat Traudel Kassel in der WIR ja schon berichtet.

Christl Lindemann, Bremen

Impressum:
Die Zeitung wird gefördert durch die GEW Bremen, IG Metall Bremen und ver.di Bremen. Über weitere MitarbeiterInnen würden wir uns freuen. Auch Kritik und Anregungen sind uns willkommen.

RedaktionsmitarbeiterInnen:
Wolfgang Bielenberg, GEW, Detlef Dahlke, IGM, Ursula Figge, IGM, Traudel Kassel, ver.di, Hugo Köser, IGM, Inge Markowsky, ver.di, Margot Müller, Karla Vendt, ver.di, Günther Wesemann, ver.di, Brigitte Wilkening, ver.di, Hermann Wilkening, IGM

V.i.S.d.P.
Manfred Weule
Redaktionsadresse:
Bildungsvereinigung Arbeit und Leben,
Tel.: 0421 / 960 89 14
e-mail: m.weule@aulbremen.de
e-mail: hugo.koeser@web.de
(Bitte Briefe an beide Adressen zuschicken)

Herausgeber und Kontakt:
Arbeitskreis DGB-SeniorInnen Bremen
c/o Gerd Bohling, Dieter Tarnowsky
DGB-Haus Bremen
Bahnhofsplatz 22-28, 28195 Bremen